

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Vhf., Völkwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 61

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver
Montag, den 13. März 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Bg., auswärts 50 Bg., im Postamt 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Regierungsparteien und die Deutsche Volkspartei haben in einer gemeinsamen Sitzung dem Steuerkompromiß einstimmig zugestimmt.

* Der bisherige Reichsernährungsminister Dr. Hermes ist unter Enthebung von diesem Posten zum Reichsfinanzminister ernannt worden.

* Der im Zusammenhang mit der Flucht und dem Selbstmord Gruppens mehrfach genannte Gefängnisinspektor Schenke in Hirschberg hat sich in seiner Wohnung erschossen.

* Der Kapitalwert der Saargruben soll auf die französischen Reparationsansprüche für 1923 angerechnet werden.

* Das englische Mitglied der gemischten Kommission des Völkerbundes zur Beschränkung der Rüstungen Lord Escher hat einen Entwurf vorgelegt, der dazu bestimmt ist, eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen zu Lande herbeizuführen.

* Der Staatssekretär für Indien Montagu hat sein Amt niedergelegt, weil er in der Frage der Bewilligung türkischer Wünsche im nahen Osten mit der Londoner Regierung in Konflikt geriet.

Das Steuerkompromiß.

Einen Tag später, als in Aussicht genommen war, sind die Parteien des Reichstages mit dem großen Werk des Steuerkompromisses fertig geworden. Das Kompromiß ist so, wie es zur Anwendung der letzten Wirtschaftskrisis provisorisch vereinbart war, im großen und ganzen unverändert geblieben. Es wird im Wege eines Mantelgesetzes zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefaßt, so daß alle Parteien, die daran mitgewirkt haben, verpflichtet sind, die gesamten Vorlagen, so wie sie sind, gutzuheißen, auch diejenigen, die ihnen, sei es aus grundsätzlichen, sei es aus praktischen Bedenken, mehr oder weniger zuwider sind. Ähnliches haben wir ja auch schon bei früheren Steuererleichterungen erlebt; viel Segen ist dabei freilich niemals herangekommen, doch läßt sich wohl ein anderer Weg bei der Vielgestaltigkeit unseres Parteilebens in so schwierigen Geldfragen überhaupt nicht finden. Dr. Wirth jedenfalls kann mit dem Ergebnis dieser mühevollen parlamentarischen Verhandlungen vorläufig zufrieden sein.

Es bedeutet für ihn in erster Linie einen erheblichen politischen Erfolg; denn nach dem Auslande hin kann er nunmehr auf den festen Willen einer starken, geschlossenen Reichstagsmehrheit hinweisen, nach Maßgabe unserer vorhandenen Kräfte Ordnung in das deutsche Finanzwesen zu bringen. Nach innen hin muß aber eine Regierung mit erhöhter Autorität auftreten können, der es gelungen ist, für eine so ungeheure neue Belastung des deutschen Volkes diejenige Partei mit heranzuziehen, die bisher von den Regierungsgeschäften ausgeschlossen war. Daß ihm viel daran gelegen sein mußte, gerade die Deutsche Volkspartei für das Steuerkompromiß zu gewinnen, ist ohne weiteres verständlich, denn hinter dieser Partei stehen nun einmal außerst wertvolle Wirtschaftskräfte, die nicht angestraft zur Seite gestoßen werden dürfen, wenn unsere gesamten Steuerquellen aufs neue und bald bis zum Weißbluten angepannt werden sollen.

Die Art freilich, wie die Verhandlungen zwischen Regierung und Deutscher Volkspartei über den Beitritt zur Steuerkoalition sich im Laufe der Wochen und Monate gestaltet haben, kam fast einer Tragikomödie gleich. Kriegszündungen und Liebeserklärungen lösten einander ab, und nach dem scharfen Mißtrauensvotum, das Herr Stresemann schließlich gegen die Person des Reichsfinanzministers im Reichstage einbrachte, glaubte man schon, daß an dem tragischen Ausgang dieses Dramas nicht mehr zu rütteln sein werde. Aber siehe da, von den berühmten „persönlichen und sachlichen Garantien“ der Deutschen Volkspartei blieb am Ende eine Denkschrift übrig, die so gehalten war, daß ihr Inhalt sowohl vom Reichsfinanzminister wie von allen Regierungsparteien ohne weiteres als „Richtlinien“ für die zukünftige Regierungspolitik angenommen werden konnte. Was sie verlangt, ist auch in der Tat Gemeingut so ziemlich des ganzen deutschen Volkes: sparsame Verwaltung in den Reichsbetrieben, die sich unter allen Umständen selbst zu erhalten haben. Reineswegs sollen die neuen Einnahmen zur Deckung von Fehlbeträgen bei Post und Eisenbahn Verwendung finden dürfen, insbesondere dürfen die Mittel aus der Zwangsanleihe keineswegs etwa dazu dienen, Devisen zu kaufen und mit ihnen Goldleistungen an die Entente abzuführen. Das darf schon um deswillen nicht geschehen, weil die Zwangsanleihe ja nur einmal eingezogen werden kann, während unsere Verpflichtungen an die Entente noch viele Jahre lang weiter laufen.

Besonders großen Raum nimmt in der Denkschrift die Frage der Vereinfachung und Verbilligung der Reichsverwaltung ein. Was hier gesagt wird, haben wir nachgerade bis zum Überdruß vernommen. Die Denkschrift kann nur feststellen, daß bisher nichts Praktisches erreicht worden ist. Sie selbst aber weiß nur den Vorschlag zu machen, daß die Vereinfachung der Verwaltung nicht als Nebenaufgabe der vorhandenen Ämter, sondern als Hauptaufgabe in die Hände eines Organs gelegt werden müsse, das sich ihr ausschließlich zu widmen habe. Dafür wird ein neuer Reichsminister in Vorschlag gebracht, dem eine kleine Kommission von besonders bewährten Sachverständigen an die Seite zu stellen sei. Aber der Pferdeschuh kommt gleich hinterher: dieser neue Reichsminister soll „selbstverständlich“ nur Vorschläge machen dürfen, über die in letzter Instanz die parlamentarischen Körperschaften zu entscheiden haben. Diese sollen sich von vornherein zu dem festen Entschluß verpflichten, alle die Fragen, die damit im Zusammenhang stehen, ohne Voreingenommenheit zu prüfen, und was als notwendig anerkannt wird, dann auch rückwärts durchzuführen.

Aber Versprechen und Halten ist auch für Reichstagsparteien zweierlei, heute mehr als je, wo die Wähler gelernt haben, ihre Wünsche und Forderungen gegenüber der

Vollvertretung mit sehr nachdrücklichen Mitteln geltend zu machen. Um dem gegenüber der Exekutive ein gewisses Übergewicht zu ermöglichen, tritt die Denkschrift dafür ein, daß dieser neue Reichsminister ein politisch unbefasteter, andererseits aber in der Reichs- und Staatsverwaltung durchaus erfahrener Mann sein soll. Ihm soll es auch an erster Stelle obliegen, auf eine wirtschaftlichere Gestaltung der großen Reichsbetriebe hinzuwirken. Diese müßten nach der Richtung eines mehr privatwirtschaftlichen Ausbaues reformiert werden, und die Parteien sollten sich von vornherein dazu bereitfinden, diese Fragen unbeeinträchtigt durch rein theoretische Bedenken oder gar durch parteipolitische Rücksichten zu entscheiden. Wobei natürlich die Freiheitsrechte des Reiches ebenso wie die Rechte der Beamten durchaus zu wahren wären. Auch für den Finanzminister wird ein unbedingtes Einpruchsrecht gegen erhebliche Neubelastungen des Reichshaushaltes gefordert, die Wichtigkeit der Produktionssteigerung betont und der weitere Abbau der Zwangswirtschaft in schrittweiser Entwicklung als notwendig bezeichnet. In diesem Zusammenhang wird ganz vorsichtig von Personalverschiebungen in den Ämtern gesprochen, im übrigen aber jede bestimmte Forderung vermieden. Fast scheint es so, daß schon die bloße Ernennung von Dr. Hermes zum Reichsfinanzminister die Herren von der Deutschen Volkspartei, als ausreichende Garantie für die Beachtung ihrer Vorschläge, zufriedengestellt habe. Auf der Gegenseite hat man offenbar schlimmeres von ihm erwartet. Dr. Sch.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Kapitalverkehrssteuer.

Bei Beendigung der Beratungen des Reichstagsausschusses über das Kapitalverkehrssteuergesetz wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Steuer auf 3 Prozent des steuerpflichtigen Betrages bei Gesellschaften m. b. H. und einem Stammkapital von nicht mehr als 100 000 M. ermäßigt. Erhöht eine Gesellschaft m. b. H. ihr Stammkapital über diesen Betrag hinaus, so ist die Steuer von dem gesamten Stammkapital zu entrichten. Ein Antrag der Volkspartei wollte dem Gesetz die vorgesehene rückwirkende Kraft streichen. Demgegenüber erklärte ein Regierungstreter, daß dann dem Reich ein Steuerbetrag von mindestens 10 Milliarden Mark verloren gehen würde. Die Volkspartei ließ deshalb ihren Antrag im Stich. Damit war das letzte Steuergesetz im Auschuß verabschiedet.

Strafantrag Reichsministers Hermes gegen die Freiheit.

Die in der unabhängigen Freiheit gegen den Reichsernährungsminister Hermes erichene Beschuldigung, er habe sich von einem Wingerverband Wein zu einem „Besetzungspreis“ liefern lassen und dafür „Gegenleistungen“ gewährt, haben den Minister veranlaßt, Strafanklage gegen das unabhängige Organ zu stellen. Die Freiheit veröffentlichte mittlerweile einen Brief des Wingerverbandes für Mosel, Saar und Ahr in Trier, gerichtet an den Reichsratsrat Joffe in Berlin. Nach dem Schreiben soll Hermes im April 1920, unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Minister, von dem Wingerverband 200 Flaschen Wein, dessen Handelspreis 35 bis 60 Mark die Flasche betrug, für drei Mark die Flasche bezogen haben. Ob diese Veröffentlichung wirklich geeignet ist, die Beziehungen zu rechtfertigen, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Beratungen über das Stelungsangebot Rapps.

Wie aus Leipzig gemeldet wird, steht das Reichsgericht dem Antrage Rapp zur Selbstentlassung nicht ablehnend gegenüber; über die Freileistungsfrage finden zurzeit Besprechungen mit der Reichsregierung statt.

Sanktion gegen die Reichsaussenhandelsstellen.

Die Hamburger Bürgerchaft nahm mit überwältigender Mehrheit den demokratischen Antrag an, durch den der Senat ersucht wird, bei der Reichsregierung umgehend dahin vorstellig zu werden, daß die Reichsaussenhandelsstellen entweder sofort aufgehoben werden oder, wenn dagegen zurzeit noch wesentliche Bedenken bestehen, die Außenhandelskontrolle wenigstens in einer für den Handel erträglichen Form gehandhabt werde.

Untersuchung der Gleiwitzer Vorfälle.

Wie aus Paris verlautet, hat die deutsche Regierung beim Völksherraten zur Untersuchung der Vorgänge in Gleiwitz eine gemischte Kommission, bestehend aus deutschen und alliierten Vertretern, vorgeschlagen. Der Völksherraten hat sich seine Stellungnahme vorbehalten, um zunächst den noch nicht eingegangenen Bericht der Interalliierten Kommission in Opatowitz abzuwarten.

Die bayerische Koalitionserweiterung gescheitert.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß die rechtsstehenden Fraktionen der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition eintreten und dadurch die Koalition erweitern würden. Der Plan ist gescheitert. Die bayerischen Demokraten haben gelehrt, aus der Regierungsmehrheit auszutreten, wenn die rechtsstehenden Parteien beitreten. So gilt die Bildung der „großen“ Koalition als mißlungen.

Die Angst vor den deutschen Kanonieren.

General Nollet hat dem Auswärtigen Amt eine Note überreicht, worüber er sich darüber beschwert, daß die deutsche Ausbildungsvorschrift für die Artillerie u. a. vorschreibt, daß der Zweck der Ausbildung die „Vorbereitung für den Krieg“ ist. Die Kommission steht in einer solchen Vorschrift eine Verletzung des Friedensvertrages, in dem Aushebungen ist, daß das deutsche Heer nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei bestimmt ist. Nollet befindet sich anscheinend in dem Glauben, daß Deutschland auch niemals einen Verteidigungskrieg werde führen

müssen. Wer auch dafür müssen die Kanoniere „kriegsmäßig“ vorbereitet sein. An einen Angriffskrieg denkt in Deutschland kein vernünftiger Mensch.

Tschecho-Slowakei.

* Autonomie der Slowakei? Im Prager Abgeordnetenhaus wurde ein Antrag der Slowakischen Volkspartei zur Änderung der Verfassung der tschechoslowakischen Republik eingebracht. Dieser Antrag fordert u. a.: Die Slowakei und Karpatho-Rußland erhalten die weitestgehende Autonomie innerhalb der tschechoslowakischen Republik. Die Slowakei erhält ein eigenes Wappen und eine eigene blau-weiß-rote Fahne. Die inneren Angelegenheiten der Slowakei werden durch eine eigene slowakische Landesregierung mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze geregelt.

Polen.

* Die Regierungskrise wegen Wilna. Die Warschauer Gesandten Frankreichs, Großbritanniens und Italiens erklärten dem polnischen Außenminister Skirmunt, daß die Zustimmung des polnischen Sejms zu einer Annexion des Wilnaer Landes im Auslande eine für Polen äußerst ungünstige Wirkung zeitigen würde. Bei einer neuen Besprechung der Regierungskrise sprachen sich Vertreter, welche eine Mehrheit des Sejms repräsentieren, gegen die Stimmen der vier Rechtsparteien für eine Rekonstruktion des Kabinetts Bonifowski aus.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Beratungen des sozialdemokratischen Parteiausschusses über die Frage der Maifeier führten zu dem Ergebnis, daß für den 1. Mai, der ein Montag ist, die Arbeitsruhe propagiert werden wird, wobei jedoch der Verkehr im sonntäglichen Umfang aufrechterhalten werden soll.

London. Die englische Regierung hat den Flüchtlingen der Armenen Denilins und Brangels eine neue Unterstützungssumme von 300 000 Pf. Sterl. ausbezahlt. Zwei Abgeordnete der Arbeiterpartei erklärten im Unterhause, daß es sich nur um Unterstützung neuer gegenrevolutionärer militärischer Unternehmungen handle.

Warschau. Staatspräsident Pilsudski beauftragte den bisherigen Kabinettschef Bonifowski mit der Neubildung der Regierung.

Deutscher Reichstag.

(182. Sitzung.)

CB. Berlin, 10. März.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Pensionsergänzungsgesetzes und des Wehrmachtsversorgungsgesetzes wurden einem Ausschuss überwiesen. Hierauf folgte die zweite Lesung einer Novelle zum Kapitalfluchtgesetz. Darin wird u. a. bestimmt, daß fortan 20 000 Mark statt wie bisher 3000 Mark ins Ausland mitgenommen werden dürfen. Nach dem Antrag des Ausschusses soll die Geltungsdauer des Gesetzes nur bis zum 31. Dezember d. J. wahren. Die Novelle wurde alsdann in zweiter und dritter Lesung in der Ausschussfassung angenommen.

Fortsetzung der Braunkohlenmonopolberatung.

Nachdem gestern die allgemeine Debatte beendet war, wurde heute der Paragraph 1 gegen die Stimmen der beiden kommunistischen Parteien und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angenommen. Verschiedene Anträge von Seiten der äußersten Linken wurden im Laufe der Beratung abgelehnt. Dagegen wurden einige Anträge der Kompromißparteien angenommen. In § 118 werden 30 Millionen zur Befämpfung der Trunksucht und solcher der Volksgesundheit drohenden Schäden verlangt, die mit dem mißbräuchlichen Braunkohlengenuß zusammenhängen. Hier beantragten die Unabhängigen, das Wort „mißbräuchlich“ zu streichen. Darüber kam es zu einer langen, zum Teil erregten Auseinandersetzung.

Hg. Goellert (Komm.) bemerkte z. B., wenn Sie mit dem Alkohol Kränklichkeit, Elend und Verbrechen in die breiten Massen bringen, dann müssen Sie zum mindesten das ganze Zubehör aus dem Braunkohlenmonopol zur Verfügung stellen.

Hg. Frau Wadslow (Komm.) betonte, mit 30 Millionen zur Bekämpfung von Trunksucht und Geschlechtskrankheiten ist nichts anzufangen. Das ist weißes Salz.

Als über den Antrag abgestimmt werden sollte, bezweifelten der Hg. Goellert (Komm.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Beschlußfähigkeit war nicht vorhanden, die Sitzung mußte daher abgebrochen, eine neue für später anberaumt werden.

Auch die zweite Sitzung beschlußunfähig.

In der neuen Sitzung wurde die Beratung des Monopoles fortgesetzt. Dabei wurde § 118 in der Fassung des Ausschusses angenommen. Der Antrag der Unabhängigen, das Wort „mißbräuchlich“ zu streichen, wurde abgelehnt. Ebenso wurden einige andere dazu gestellte Anträge abgelehnt. Vor der Fortsetzung der Beratung beantragte Hg. Roenen (Komm.), die Bekämpfung der Eßigflure, die in § 159 enthalten ist, zu streichen. Als man sich zur Abstimmung anschickte, beantragte Hg. Roenen wiederum die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da die Beschlußfähigkeit offenbar war, mußte auch diese Sitzung abgebrochen werden und eine dritte für einige Zeit später angesetzt werden.

Die dritte Sitzung.

Die dritte Sitzung, die um 4.30 Uhr begann, beschloß sich nicht mehr mit der Beratung des Braunkohlenmonopoles, sondern mit dem

Haushalt des Reichswehrministeriums.

Hg. Stäcken (Soz.) erstattete den Bericht über die Aufschubverhandlungen. Dabei stellte er fest, daß die Ropen für unsere letzte kleine Reichswehr höher sind als die für das ehemalige Reichsheer. Das kommt daher, daß die Anstellungs- und Beschäftigungsbedingungen beim Soldnerheer ganz andere sind als beim Reichsheer. Geheime militärische Organisationen, erklärte der Redner weiter, gibt es bei uns nicht. Die in der französischen Kammer erhobenen Zweifel sind gegenstandslos. Reichswehrminister Dr. Gessler, der hierauf das Wort nahm, leitete seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf ein, daß die Bedeutung des jetzigen Haushaltsplanes darin besteht, daß er zum ersten Male die Neuorganisation unseres Heeres nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zum Ausdruck bringe. Wir haben, erklärte der Minister, nunmehr ein Recht darauf, zu fordern, daß die Interalliierte Kontrollkommission abgebaut wird. Die im Auslande verdeckt oder offen immer wieder auftretende Behauptung, wir bereiten einen Revanchekrieg vor, muß mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die weiteren Ausführun-

gen des Ministers galten der Ausbildung der Reichswehr und der Erfüllung der verfassungsmäßigen Pflicht. Ich habe diese Erfüllung, erklärte der Minister rückhaltlos bejaht. (Hier entstand großer Lärm bei den Kommunisten, die dem Minister zuriefen: „Bavaria!“) Auch in Bayern, betonte der Minister. Dann ging der Minister auf das Militärgerichtswesen ein und auf die disziplinarischen Maßnahmen. Gegen Soldatenmishandlungen, betonte er, wird mit aller Entschiedenheit vorgegangen. In der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs und der Geschlechtskrankheiten bei der Reichswehr sind durch Aufklärungsarbeit in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte gemacht worden. Zum Schluss gedachte der Minister mit Anerkennung der Haltung der Reichswehr als auch der Marine. Unsere kleinere Marine, sprach er, hat sich bei verschiedenen Gelegenheiten in besonderem Maße hervorgetan. Nach der beifällig aufgenommenen Rede des Reichswehrministers wurde die Sitzung abgebrochen. Das Haus vertagte sich auf Dienstag.

Preussischer Landtag.

(112. Sitzung.)

11. Berlin, 10. März.

Die gemeinsame Beratung der Vorlagen zum Ausbau der Wasserkräfte von Weser, Fulda und Main wird fortgesetzt. Der Hauptausschuss will dabei auch das Privatkapital in der Form des gemischtwirtschaftlichen Betriebes beteiligen, während die Sozialdemokraten die Betriebsgesellschaft nur mit dem Reiche oder den Kommunalverbänden bilden wollen. Nach lebhafter Aussprache werden die Vorlagen nach den Voten des Hauptausschusses, gegen die alle drei sozialistischen Parteien stimmen, angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Deutschen Reichs- und Staatsangehörigen. Der Etat wird bewilligt, ebenso der Etat der Preussischen Staatsbank (Seehandlung).

Dr. Hermes Reichsfinanzminister.

Berlin, 10. März.

Nach dem Abschluß des Steuerkompromisses war es für die Weiterführung der Arbeiten an den Steuergesetzen eine dringende Notwendigkeit, das provisorisch verwaltete Amt des Reichsfinanzministers endgültig zu besetzen. Das ist nun in der längst erwarteten Weise geschehen. Amtlich wird gemeldet:

Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, unter Entbindung von der Führung dieses Ministeriums zum Reichsminister der Finanzen ernannt.

Dr. Hermes ist im Juni 1920 nach den Reichstagswahlen in das Reichskabinett eingetreten, und zwar als Leiter des Ernährungsministeriums unter dem Kanzler Fehrenbach. Vor einiger Zeit wurde ihm vom Reichsfinanzminister Dr. Wirth auch das Finanzministerium übertragen.

Zu den Beschuldigungen gegen Dr. Hermes, daß er von einem Wingerverband Wein zu außerordentlich billigen Preisen bezogen habe, und diesem Verband dafür besondere Erleichterungen beim Bezug von Zucker verschafft habe, veröffentlicht die Berliner Blätter weitere Einzelheiten, aus denen hervorgeht, daß die zuständige Reichsbehörde diese Zuweisung nicht für erforderlich gehalten habe, daß Gesuche ähnlicher Art in früheren Fällen abgelehnt worden seien, und daß entgegen der bisherigen Praxis Preussens Mitbestimmungsrecht ausgeschaltet worden sei. Da die Klage gegen die Urheber dieser Beschuldigungen vom Minister bereits eingereicht worden ist, wird man das Ergebnis der gerichtlichen Entscheidung abzuwarten haben.

Amerika als Kontrollleur.

Der tiefere Sinn der Abgabe für Genua.

Aus den allmählich bekanntwerdenden Einzelheiten des amerikanischen Beschlusses, von Genua fernzubleiben, gewinnt man eine etwas veränderte Auffassung von den recht interessanten Absichten, die die Amerikaner mit ihrer Abgabe offenbar verfolgen. In der Note, in der der Staatssekretär Hughes den Italienern die Ablehnung der Einladung übermittelte, heißt es:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten muß ein großes Interesse an jeder Konferenz nehmen, welche wirksam: Maßregeln zur Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas verheißt, denn nicht nur ist es unser inniger Wunsch, daß die Völker, welche am meisten unter den durch den Krieg hervorgerufenen Verwüstungen und Erschütterungen litten, zur Wohlfaht zurückkehren, sondern es ist auch klar, daß ohne eine Gesundung Europas von einer Besserung der Welt keine Rede sein kann. Man kann jedoch unmöglich dem Schluß entgegen, daß die vorgeschlagene Konferenz in der Hauptsache keine Wirtschaftskonferenz ist — sind doch von den Beratungen Fragen aus geschlossen worden, ohne deren zufriedenstellende Lösung die Hauptursachen der wirtschaftlichen Störung weiterwirken müssen —, sondern daß sie eher einen politischen Charakter trägt und daß die

Regierung der Vereinigten Staaten sich an einer solchen in nützlicher Weise nicht beteiligen könnte.“

Aus diesen sehr sorgfältig gewählten Wendungen erkennt man ganz deutlich, daß Amerika nicht grundsätzlich die Teilnahme an europäischen Konferenzen, sondern nur die Beteiligung an dieser Konferenz mit diesem vermittelnden und von Poincaré seiner Hauptpunkte beraubten Programm ablehnt. Das heißt im umgekehrten Sinne, Amerika sagt: „Wenn ihr wollt, daß wir teilnehmen, so stellt ein vernünftiges Programm auf, welches nicht von vornherein jeden Erfolg ausschließt.“ Der Entschluß Amerikas, in Genua nicht teilzunehmen, wird daher auch in Washington als der Beginn einer Kampagne eines „tätigen Druckes auf Europa“ angesehen, um dieses zu veranlassen, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau auf besseren Grundlagen zu betreiben. Man glaubt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten einen inoffiziellen Beobachter nach Genua entsenden wird. Man wäre daher gar nicht erstaunt, wenn die Konferenz unter diesem amerikanischen „Druck“ nochmals verschoben und ihr Programm verbessert würde.

Das Ende der früheren Hoheitszeichen.

Entfernung der Wälder und Büden.

Die Hoheitszeichen des früheren monarchischen Staatssystems sollen nunmehr endgültig von Dienstflaggen und Amtsschildern entfernt werden. Wie der Reichsinnenminister auf eine an ihn gerichtete Anfrage mitteilt, stehen die entsprechenden Verfügungen unmittelbar vor ihrem Erscheinen. Sie haben sich dadurch verzögert, daß zur Ersparrung von Kosten für die Anschaffung vorläufiger Siegel und Schilder zunächst nach Einholung und Durcharbeitung mehrerer Entwürfe eine befriedigende Lösung der endgültigen neuen Formen herbeigeführt werden sollte. Dies ist inzwischen geschehen. Die zu erlassende Verfügung ist von dem Reichskabinett bereits genehmigt. Auch die Anschaffung neuer Amtsschilder ist eingeleitet.

Die Reichsregierung beabsichtigt ferner anzuordnen, daß aus den Amtsräumen der Reichsbehörden alle Wälder, Büden und Statuen grundsätzlich zu entfernen sind, deren Verbleib in amtlichen Räumen als Widerspruch gegen die verfassungsmäßige Staatsform angesehen werden und daher zu Mißdeutungen führen könnte. Ausgenommen können mit Zustimmung der zuständigen obersten Reichsbehörde Darstellungen bleiben, die einem Raum als Teil des Ganzen derart eingefügt oder angehängt sind, daß ihre Herausgabe eine künstliche oder historische Einheit zerstören würde. Verstöße gegen diese Anordnungen werden im Wege der Dienstaufsicht abzuwehren und nötigenfalls im Disziplinarwege zu ahnden sein.

Nach einer für alle Reichsverwaltungen geltenden Anordnung der Reichsregierung sind die Bezeichnung „Kaiserlich“, „Königlich“ und sonstige Hoheitszeichen der früheren Periode aus den Fassaden der Amtsgebäude grundsätzlich zu beseitigen; Ausnahmen sind nur bei untrennbar mit den Baulichkeiten verbundenen Stücken, und nur dann gestattet, wenn ihre Beseitigung wegen ihres eigenen künstlerischen Wertes oder wegen des künstlerischen Gesamteindrucks der Baulichkeiten unzulässig ist.

Die Parteipresse zum Steuerkompromiß.

Der Ruf nach der großen Koalition.

Mit Ausnahme der Linksradianten wird das Steuerkompromiß fast ausnahmslos von den Blättern aller Parteien als ein Schritt auf dem Wege der Einigung begrüßt.

Die völkischparteiliche Zeit erklärt: „Wenn durch diese Maßnahmen eine sichere Grundlage für die Steuerpolitik gewonnen und die Aussicht eröffnet worden ist, daß eine Gesundung unserer Finanzwirtschaft jetzt angebahnt werden kann, so liegt darin die beste Befriedigung dafür, daß die Deutsche Volkspartei bei ihrer Haltung in der Steuerfrage lediglich von dem Wohle des Ganzen hat leiten lassen.“ — Das Zentrumblatt Germania meint, daß über dieses Ergebnis alle daran beteiligten Parteien erhebliche Genugung empfinden dürfen. Der entscheidende Wille der Vertreter der großen Mehrheit des Volkes in vaterländischem Sinne zusammenzuarbeiten, ist ein Lichtblick in dem unerfreulichen Dunkel.

Die völkische Zeitung äußert die Ansicht, daß nunmehr auch die Bildung der großen Koalition nicht weiter hinausgeschoben werden dürfe, nachdem die Richtlinien einer Oppositionspartei zu den Richtlinien der Regierung geworden sind. — Zu diesem Wunsch der Völk. Ztg. hört man aus parlamentarischen Kreisen, daß er wohl noch nicht gleich in Erfüllung gehen wird, da die beteiligten Parteien selbst, vor allem die Volkspartei und Sozialdemokraten glauben, daß wegen der noch nicht vorhandenen Einstimmigkeit in einigen außerordentlichen

und dreifachen Lebensjahre nur Arbeit und Bitterkeit im Kampfe gegen Krankheit und Not gekostet hat, verließ sich mit der ganzen Leidenschaft seiner reinen, keuschen, unverbrauchten Kraft in eine entfernte Verwandte, seine Auserwählte Gertrude, die zur Pflege seiner hilflosen, greisen Mutter in das Hartmannsche Haus übergesiedelt ist.

Mit rascher Entschlossenheit trägt er der Geliebten Herz und Hand an und hält seinen Antrag auch aufrecht, als sich Gertrude bei seiner Werbung unter heißen Tränen für seiner unwert erklärt und ihm rückhaltlos gesteht, schon seit zwei Jahren Mutter zu sein; als der Vater ihres Kindes bezeichnet sie einen ehemaligen Jugendfreund, einen Assessor von Langen, der sich einst ihr vertrauende Liebe und Unerschrockenheit zunutze gemacht und die Verzweifelte dann in rücksichtsloser Weise verlassen hat.

Ein Sturm der Entrüstung erhob sich in der ganzen Stadt, als die Verlobung Doktor Hartmanns bekannt wurde. Von allen Seiten werden Anstrengungen gemacht, um ihn und seine Braut, deren Vorgeschichte auf vielfältigen, dunklen Wegen schon lange durchgeleitet war, wieder auseinander zu bringen.

Noch alles vergebens; je heftiger man gegen ihn heht, um so starrer verweist sich der Angegriffene auf seinen einmal gefassten Entschluß, wiewohl er sich nach und nach immer mehr isoliert sieht und auch in seiner Praxis den Umschlag der Stimmung des Publikums merkbar empfindet.

Schon ist die Hochzeit auf einen der nächsten Monate festgesetzt, da erscheint Hartmanns Schwager, der Direktor des Gymnasiums, der sich durch die nach seinen Begriffen skandalöse Verlobung schon immer auf das peinlichste kompromittiert gefühlt hat. eines Tages noch in später Abendstunde im Speisezimmer des Arztes, um ihm mitzuteilen, daß der seit einiger Zeit beim Landrat beschäftigte Assessor von Langen sich des Nachts zuvor am Stammtische des Hotels zum „Schwarzen Adler“ in wegwerfenden Aufregungen über das von ihm verführte Mädchen ergangen habe.

Im Anschluß an diesen Vorfall, durch den Gertrude nach Ansicht des Direktors vollends unheilbar geworden, erhebt er im Namen der gesamten Verwandtschaft noch einmal die Forderung auf Aufhebung der Verlobung, ohne aus Hertas Anwesenheit Rücksicht zu nehmen, die infolge der erregten Auseinandersetzung der beiden Männer vom Bett der schwerkranken Frau des Hauses hinweg ins Speisezimmer geeilt ist. Allein Paul Hartmann bleibt unerklärlich.

Fragen der Zusammenkunft der Koalition noch einige Zeit aufgeschoben werden soll.

Nur unabhängige und Kommunisten laufen Sturm gegen das Kompromiß, wobei sie besonders scharfe Angriffe gegen die Mehrheitssozialisten richten. Die Freiheit schreibt: „Die Haltung der Mehrheitssozialisten ist mit den ihnen anvertrauten Arbeiterinteressen unvereinbar. Das Steuerkompromiß ist keine Stappe auf dem Wege zur Erfüllung des Finanzprogramms der Arbeiterpartei, sondern ein großes Hindernis, für das die Mehrheitssozialisten die volle Verantwortung tragen.“

Diese Meinungen sind nur als vorläufige Stellungnahmen zu bewerten, da die Einzelheiten des Kompromisses ja erst noch beraten werden sollen, wobei es noch manchen scharfen Kampf geben dürfte.

Um die „gleitende Lohnskala“.

Ablehnung durch die Arbeitgeber.

Der große Ausschuss der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich mit der im Reichstagsrat und in der Presse vielfach erörterten Frage der „gleitenden“ Lohnskala eingehend beschäftigt und ist zu folgendem Standpunkt gekommen:

Die Lohnhöhe kann sich nicht lediglich nach den Lebenshaltungskosten richten, sondern ist in besonderem Maße von der Leistung des einzelnen Arbeiters, der Art seiner Arbeit, den Verhältnissen des Unternehmens und der wirtschaftlichen Gesamtlage abhängig. Das System automatischer Lohnfestsetzung, welches die große Gefahr in sich, daß es das eigene Verantwortungsgefühl des Arbeiters beim Streben nach höherer Entlohnung verringert oder gar beseitigt und damit die Arbeitsmoral und die Arbeitsleistung ungünstig beeinflusst. Eine automatisch eintretende Lohnerhöhung würde auch eine ungünstige Einwirkung auf die Preisgestaltung der gesamten Lebensbedürfnisse haben, da sie zu einer ebenso automatischen Verteuerung der gesamten Lebenshaltung führen und so wiederum Anlaß zu neuen Lohnforderungen geben. Ferner fehlt ein fester, von künftigen Entwicklungen unabhängiger bleibender Ausgangspunkt für die zeitliche Gestaltung der gleitenden Löhne. Daher ist eine Durchführung der gleitenden Lohnskala unter ausreichender Berücksichtigung aller wirtschaftlichen, sachlichen, ökonomischen und persönlichen Verhältnisse nicht möglich. Sie kann weder für die Privatindustrie, noch für die Staatsverwaltung und Staatswirtschaft als allgemeines Entlohnungssystem übernommen werden und ist deshalb abzulehnen.

Es ist anzunehmen, daß dieser Stellungnahme der einen Seite wohl bald die Erwiderung von Seiten der Arbeitnehmer folgen dürfte.

Solales und Provinziales.

Salver, den 13. März 1922

□ Zur Wetterlage. Wie es so oft der Fall ist, zeichnet sich auch in diesem Jahre der März durch das richtige „Aprilwetter“ aus. Bald Sonnenschein und Wärme, bald Regen und Sturm: das war das Zeichen, unter dem das Wetter der letzten Tage stand. Nachdem der 5. März bei vorwiegend klarem Wetter vielfach fast sommerliche Temperaturen gebracht hatte — in Aachen, Kassel und Frankfurt a. Main wurden 18 Grad Celsius gemessen — setzte am Abend dieses Tages an der Nordsee ein neues Regenerwetter ein, das sich schnell ost- und südwärts fortpflanzte. Das über dem nördlichen Teil des Atlantischen Ozeans lagernde Tiefdruckgebiet sandte nachdem zahlreiche Teilwirbel aus, bei dessen Vorübergang starke Regenfälle niederregneten. Das unwirkliche Wetter führte sehr schnell zu einer wesentlichen Abkühlung. Während am 5. März die Durchschnittstemperatur in Berlin 12,2 Grad betrug, sank sie in den nächsten Tagen bis auf 6,5 Grad; immerhin lag sie auch damit noch mehrere Grade über dem Durchschnitt. Ein am 8. März über der Nordsee eingetroffener Tiefdruckwirbel von unter 735 Millimetern brachte schwere Stürme, die in Westdeutschland und an der Küste arge Verwüstungen anrichteten. Nach dem Vorübergang des letzten Tiefs nahm bei uns der Luftdruck ständig zu. Das Herannahen eines neuen Wirbels machte sich nicht bemerkbar. Vom 9. zum 10. März drehten sich die Winde größtenteils nach Osten. Danach scheint das veränderliche Wetter zunächst aufhören zu sollen. Bei aufstrebendem Wetter ist mit einer weiteren Temperaturabnahme zu rechnen. Stärkere Nachfröhe sind nicht ausgeschlossen.

* Die französische Besatzungsbefehlshaber hat heute unerwartet wieder in Mainz die Postüberwachung eingeführt und Kontrollstellen bei dem P. A. 1 und 3 dabeist eingerichtet. Für Abänderung von Briefen usw. nach dem bezielten Gebiet erscheint es dringend geboten.

Er weist seinem Schwager empört die Tür und tritt in rasender Erbitterung nach dem nahegelegenen „Adler“, um noch in derselben Stunde mit Ranken abrechnen.

Trotz der Intervention einiger besonnenere Freunde kommt es zu einem furchtbaren Aufruhr: Paul Hartmann schlägt den gewissenlosen Verführer in öffentlichem Lokale.

Ein Duell erscheint unvermeidlich.

Da tritt der Vertreter Pauls in der Ehrenratsitzung mit der Erklärung hervor, daß sein Mandat den Assessor von Ranken nach seinem ganzen Verhalten gegen ein wehrloses Mädchen nicht mehr als satisfaktionsfähig ansehen könne und infolgedessen einen Zweikampf ablehnen müsse, um einen Rowdy derartigen Schlages durch Annahme eines Ehrenhandels nicht wieder gesellschaftsfähig zu machen.

Das Ehrengericht weist diese Anschauung nach einer längeren, bewegten Beratung zurück, und die Verweigerung des Duells tritt in die üblichen Folgen.

Paul wird aus dem Reserveoffizierskorps ausgestoßen, seine ältesten Freunde ziehen sich von ihm zurück.

Anfänglich glaubt er, sich über einen solchen Boykott hinwegsetzen zu können, und betreibt die Hochzeitsvorbereitungen mit doppeltem Eifer.

Dann aber erliegt der starke Mann, der einer Welt trohen zu können gemeint, den kleinlichen Radelstichen des täglichen Lebens.

Sein früher so heiteres, lebensfreudiges Gemüt beginnt sich zu umdüstern, seine Arbeitskraft nimmt ab, er wird nervös, reizbar und heftig und geht bald nur noch als ein Schatten seines früheren Selbst umher.

Da faßt Gertrude, die in banger Sorge diesen körperlichen und geistigen Verfall beobachtet, nach langem Selenkampfe einen heroischen Entschluß.

Um dem Geliebten die Freiheit zurückzugeben, sucht und findet sie am Vorabend ihrer Hochzeit, angetan mit ihrem weißen Brautkleide, in den Fluten des nahen Flusses einen freiwillig gewählten Tod. — — —

Seit langem schon hatte Kurt sein Manuskript wieder beiseite gelegt, und noch immer verharrte das Mädchen ohne Bewegung in ihrem Stuhl und starrte in das grüne Dämern des nächtlichen Gartens hinaus.

Es hatte sich seit den ersten Abendstunden kaum merklich abgekühlt, wie etwas Drohendes, Dämonisches lag es in der schwülen Luft.

Fortsetzung folgt.

Die Siegerin.

29) Roman von Hans Schulze-Sorau.

Kurt gab sich ganz der wundervollen Stimmung des Augenblicks hin.

In schmalen, scharf umrissenen Streifen fiel das rotbunte Licht der elektrischen Tisclampen in das schweigende Dunkel des einsamen Gartens hinaus, aus dem ein süßes Gebälze, dick und schwer, wie mit Händen zu greifen, heraufschwebend herüberwogte.

Verstohlene Injektionsgänge hing in den dichten Fliederbüschen, zuweilen klang von der Straße ein leiser Ruf, ein helles Mädchenlachen.

Dann ward es wieder still, und der Garten lag so lumm, so neblig-düster, als träume er schon in fählicher Einsamkeit von den holden Wundern der sinkenden Fühlingsnacht. — — —

„Also, Herr Rasmus, ich bin bereit, die Offenbarungen Ihrer Muse in mich aufzunehmen!“

Die Schauspielerin schob Kurt die Importentfalte hinüber und lehnte sich dann selbst mit einer Zigarette in ihren Reizstuhl zurück.

Die Vorlesung der „Siegerin“ begann.

Das Bild einer verklärten mitteldeutschen Residenz stieg aus den weißen Blättern des Manuskripts empor; ein Milieu von Menschen, klein und kleinlich, in engherziger Abschließung verknöchert und erstarrt, mit ihrem Gesichtsfeld kaum über die Pannmeile ihres Fürstentums hinausreichend.

Nach langen Lehr- und Wanderjahren kehrt ein junger Arzt, Dr. Paul Hartmann, in diese Residenz, seine Vaterstadt, zurück, wo seine Familie seit länger als einem Jahrhundert ansässig und mit den gesamten Patrizierkreisen verwandt und verwandtschaftlich ist.

In kurzer Zeit erwirbt sich Dr. Hartmann, der mit seiner verwitweten Mutter ganz allein das alte Stammhaus am Markte bewohnt, eine umfangreiche Praxis; arm und reich sucht bei dem unermüdblichen tätigen Rat und Hilfe, so daß sein Speisezimmer den Andrang der Patienten oft kaum zu fassen vermag.

Da tritt die Liebe zum ersten Male in das Leben des Vielbeschäftigten, und der Mann, der bis zu seinem drei-

Vernehmung zu Hülfe. Im Kriege haben Tausende von Soldaten gelernt, mit Automobilen umzugehen, so daß heute die Unkenntnis der Bedienung keine Schwierigkeit bei der Ausföhrung von Automobiliebstählen zu bieten vermag.

A Rauchen als Scheidungsgrund. Daß verräucherte Garbinnen und große Haufen Zigarrenasche auf dem frischen Tischschut noch nicht ausreichen, um den „paffenben“ Mann loszuwerden, hat sich wohl schon manche Frau mit stiller Resignation sagen müssen. Nun hat aber ein Chemiker den Spieß umgedreht. Ein Grüntramhändler in Rongston in England ist zum Magistrat der Stadt gekommen, mit der Bitte, ihn von seiner Frau zu scheiden. Sie rauche wie ein Schlot vom Morgen bis in die Nacht, so klagte er, und vernachlässige alle ihre Angelegenheiten. Die Behörde, an die er sich gewandt hatte, erklärte ihm, daß sie dafür nicht zuständig sei, gab ihm aber auch wenig Hoffnung, daß er allein aus diesem Grunde die Scheidung erreichen werde. Der arme Mann ist wahrscheinlich an lauter Raucher geraten.

Ein Baum Hundezungen zum Oberkommissar Australiens. Josef Cool, der Oberkommissar Australiens, ist nach nahezu vierzigjähriger Abwesenheit nach London zurückgekehrt. Im Jahre 1860 geboren, war er mit neun Jahren Waise geworden und gezwungen, als „Hundezunge“, der die Kohlentarren befördert, sich in einer Grube sein Brot zu verdienen. Sechzehn Jahre arbeitete er in der Grube. Im Jahre 1885 entschloß er sich, nach Australien auszuwandern und dort sein Glück zu versuchen. Auch hier arbeitete er als Bergmann, mußte sich aber bald überzeugen, daß es die Reise von 20 000 Kilometern nicht gelohnt hatte. So begann er denn, sich fleißig mit Stenographie zu beschäftigen und übte sich, indem er mit Kreide auf die Wände der Kohlenflöße stenographische Zeichen malte. Dank seiner Beharrlichkeit, sich weiterzubilden, gelang es ihm in kurzer Zeit, einen kleinen Posten im Bureau der Grubenverwaltung zu erhalten. Bald wurde er der Führer der Bergarbeiterorganisation, und da die Politik der Gewerkschaften mit der der Volksvertretung eng verbunden war, wurde er als Abgeordneter gewählt. Im Jahre 1891 wurde er einer der Gründer der australischen Arbeiterpartei. Sehr rasch mußte er freilich den radikalen Elementen in der Partei weichen, was seiner Laufbahn aber keinen Schaden tat. Bei Ausbruch des Krieges war er Premierminister, und jetzt kehrt er als höchster Beamter Australiens nach der Heimat zurück.

Dratlich getraut. Aus Hartington im Staate Nebraska wird über eine Hochzeit berichtet, die zwischen zwei durch eine Entfernung von rund 6500 Kilometern getrennten Brautleuten auf telegraphischem Wege geschlossen worden ist. Die dratliche Trauung bildet den Abschluß einer Liebesgeschichte zwischen einem gewissen Mr. Mabs, der als Soldat in der amerikanischen Armee diente, und einer Mlle. Hahn, die während des Krieges als Krankenschwester in einem Pariser Lazarett tätig war. Die beiden hatten sich in Paris kennengelernt und sich vor der Heimreise Mabs' nach Nebraska verlobt. Fräulein Hahn konnte ihrem Bräutigam aber später nicht folgen, da ihr auf Grund des inzwischen eingeföhrten amerikanischen Einwanderungsgesetzes die Auswanderung nach Amerika verwehrt war. Die hierdurch geschaffenen Schwierigkeiten wurden aber durch den Richter Wilbur F. Bryant überwunden, der der Braut brieflich mitteilte, daß die Trauung telegraphisch vollzogen werden könne. Seinem Versprechen getreu führte der Richter den Bräutigam zum Telegraphenamt und fragte ihn hier, ob er Fräulein Hahn zu seiner rechtmäßigen Frau nehmen wolle. Auf die bejahende Antwort lafelte der Richter an die in Paris befindliche Braut die gleiche Frage und gab die beiden nach dem Eintreffen des telegraphischen „Ja“ als Mann und Frau zusammen. Das Trauungsprotokoll wurde darauf ausgefertigt und der Braut überfandt. Auf Grund der Bescheinigung über die erfolgte Heirat steht ihrer Reise nach Amerika jetzt nichts mehr im Wege.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder schweizerische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling bezahlt wurden. („Brief“ — angeboten; „Geld“ — gefucht.)

Währungspläze	10. 3.		9. 3.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland . . . Gulb.	9300,35	9819,65	9565,40	9584,00	170 Mk.
Dänemark . . . Kron.	5334,65	5345,35	5319,65	5336,35	112 „
Schweden . . . Kron.	6628,35	6641,65	6608,35	6621,65	112 „
Norwegen . . . Kron.	4605,35	4614,65	4645,35	4654,65	112 „
Schweiz . . . Franc	4935,05	4944,95	4870,10	4879,90	72 „
Österreich . . . Sch.	253,74	254,26	249,75	250,25	4,40 „
England . . . Pfd.	1106,35	1108,65	1096,40	1098,60	20,20 „
Frankreich . . . Franc	2272,70	2277,30	2242,75	2247,75	80 „
Belgien . . . Franc	2132,95	2137,15	2097,90	2102,10	80 „
Italien . . . Lire	1286,20	1288,80	1268,70	1271,80	80 „
Ungarn . . . Kron.	3,48	3,52	3,73	3,77	85 „
Polen . . . Kron.	31,98	32,04	32,06	32,14	85 „
Tschechien . . . Kron.	417,55	418,45	403,80	407,70	85 „

Berlin, 10. März. (Stand der polnischen Mark.) Polenmark an der heutigen Börse mit 5,68 Pf. bewertet.

* Berliner Produktenbörse vom 10. März. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 655—660. Zufuß. Roggen, märkischer 490, pommerscher 483—485. Matter. Hafer, märkischer 460—465, pommerscher 460. Matter. Mais ohne Probe-nienzangabe März-April 415—420 ab Hamburg. Matter. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 1580—1700. Feinste Marken über Notiz bezahlt. Unverändert. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 1170—1270. Unverändert. Weizenkleie frei Berlin 385—390. Abgeschwächt. Roggenkleie frei Berlin 385—390. Abgeschwächt. Hafer 980—990. Abgeschwächt. Erbsen, Vittoria 600—640, H. Speiserbsen 500—525, Futtererbsen 450—475, Widen 670—730, Lupinen, blau 480—530, beagl. gelb 650—700, Serradella, neue 900—950, Rapskuchen 430—450, Treidenkorn. 375—380, vollw. Zuderzucker 400—430, Torfklasse 30-70 165—175.

* Keine Verminderung der Sonntagsruhe. Gegenüber verschiedenen Gerüchten wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß weder eine Erweiterung noch eine Verminderung der Arbeitsstunden an Sonntagen im Handelsgewerbe geplant ist. Für Landorte können die Aufsichtsbehörden statt 10 in Zukunft 14 Ausnahmesonntage zulassen, die Zahl der entfallenden Arbeitsstunden darf aber 48 im Jahre nicht übersteigen.

Arbeiter und Angestellte.

Newyork. (Drohender Kohlenarbeiterausstand in den Vereinigten Staaten.) Aus Washington wird gemeldet, es werde für ganz sicher gehalten, daß am 1. April ein großer Kohlenarbeiterstreik in den Vereinigten Staaten ausbrechen werde. Alle Versuche der Regierung, eine Einigung herbeizuföhren, seien fehlgegangen.

London. (Abnahme der Arbeitslosigkeit.) Daß englische Arbeitsministerium teilt mit, daß die Zahl der vollkommen Erwerbslosen Ende Februar etwa 1837 000 betragen hat. Die Zahl der Erwerbslosen ist also in den letzten vier Wochen um über 97 000 gesunken.

Leipzig. (Streik der kaufmännischen Angestellten.) Nachdem die Arbeitgeber-Organisation des Leipziger Großhandels den Beschluß des Schlichtungsausschusses abgelehnt haben, sind die kaufmännischen Angestellten im Großhandel fast vollständig in den Streik eingetreten.

Frankfurt a. M. (Entlassungen bei Opel.) Die Firma Opel in Rüsselsheim hat bekanntgegeben, daß die freierenden Metallarbeiter, etwa 1400, als entlassen betrachtet werden.

Aus dem Gerichtssaal.

* Emeels zu Gefängnis verurteilt. Der bekannte Witzzecher, der ein „unabhängiges Rheinland“ schaffen will, wurde in Köln wegen Verleumdung des Polizeipräsidenten Gerdes in Meers und des Geschäftsföhrers Baschewitz von der sozialdemokratischen Volkstimme in Duisburg zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. In diesen fünf Monaten sind drei Wochen Gefängnis einbezogen, zu denen Emeels dieser Tage wegen Verleumdung eines Duisburger Polizeibeamten verurteilt wurde. Der Fall der Verleumdung des Polizeipräsidenten Gerdes wurde von der Anklagesache abgetrennt, da der Reichspräsident in Berlin als Zeuge vernommen werden soll.

* Rosa Luxemburgs Uhr wird in kurzem vor einer Berliner Strafkammer eine Rolle spielen. Wegen Anwendung dieser goldenen Uhr wird sich der frühere Deutscher Arbeiterführer am 15. Januar 1919 geföhrten Ermordung der bekannten Sozialistenführerin beteiligt gewesen sein soll, zu verantworten haben. Die Uhr, die seit dem Mordtage verschwunden war, wurde zwei Jahre nach der Bluttat von einem Oberleutnantbracht auf der Redaktion der roten Fraue zum Kauf angeboten. Bracht erzählte bei dieser Gelegenheit, daß Krüll die Uhr zusammen mit Hilbern und Postlarten aus Rosa Luxemburgs Wohnung herausgeholt habe. Krüll bestreitet das und will die Uhr erst erworben haben, nachdem sie durch verschiedene Hände gegangen war.

* Verleumdung des Reichspräsidenten. Die Strafkammer in Ansbach verurteilte den Pfarrer Christleit in Nagold wegen Verleumdung des Reichspräsidenten und Zutwiderhandlung gegen den Ranzelparagrafen zu zwei Monaten Gefängnis. Christleit hatte unter Mißbrauch seines Amtes von der Kanzel herab Verleumdungen gegen den Reichspräsidenten ausgesprochen, besonders Verleumdungen über dessen Privatleben verbreitet. Der Reichspräsident hatte sich als Nebenkläger dem Verfahren angeschlossen und ließ sich durch den früheren preussischen Minister des Innern, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, vertreten.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber, Westf.



Plötzlich und unerwartet starb am Freitag abend 10 Uhr im Krankenhaus zu Lüdenscheid unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Joh. Landgrebe

im Alter von 47 Jahren 3 Monaten.

Dieses zeigen an

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie August Puff

Familie Reinh. Hartmann.

Halber, Görzhain, den 12. März 1922.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 14. März 3 1/2 Uhr nachmittags vom Hause Kölnerstr. 46 (Albert Vohrmann) aus statt.



Du hast nun deinen Lauf vollendet,
Auf langer, schwerer Pilgerbahn,
All' Müh' und Arbeit ist vollendet,
Die für die Lieben du hast getan.
Du ruhest nun aus in Himmelsfrieden,
Von allem Erdenleid befreit,
Gott wird dir lohnen, was hinieden,
Du deinen Kindern tatst allezeit.

Infolge Alterschwäche verschied am
11. März, morgens 7 Uhr, im Alter von 83 1/2
Jahren unsere innigstgeliebte Mutter, Schwieger-
mutter, Großmutter und Tante

Frau Wwe. Tobias Muth

Alwine geb. Mesenhöller.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Hagebüchen, Anschlag, Lüdenscheid
und Höhlen b. Kierspe, den 11. März 1922.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 14.
ds. Mts., nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause aus statt.
Kranzspenden waren nicht im Sinne der Ent-
schlafenen.

Postkarten

schnell

Allgemeiner
Anzeiger
Buchdrucker
Halver.

sauer

billig

Stoffe

Trotz täglicher Warensteigerung offeriere noch zu den alten billigen Preisen:

Herren- und Damenstoffe, geeignet für Anzüge, Jackenkleider und Mäntel, in verschiedenen Dessins, wie blau, grün, schwarz, weinrot und gemustert, alles 150 breit, zu äußerst billigen Preisen. Sella, englische Ware, 150 breit, von Mk. 60.— per Meter. Marango, geeignet für Cutaway und Ueberzieher, von Mk. 125.— per Meter. Ferner rein wollenen blauen Sammgarn, blauen Cheviot und Gachedine in blau und schwarz zu sehr billigen Preisen.

N. Wagner, Hagen, Frankfurterstr. 60.

2 Minuten vom Oberhagener Bahnhof.
Den ganzen Tag geöffnet. — — — Telefon 3900
Bitte gefl. auf Hausnummer zu achten.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis unserer aus den Nieder-
spannungsbogen versorgten Kleinabnehmer, daß der Brennstoff-
preis vom 1. März ds. Js. ab eine Erhöhung erfahren hat
und zurzeit 8500 — Mk. für 10 t frei Kraftwerke beträgt.

Nach der bestehenden Teuerungsklausel beträgt daher der
ab 1. März ds. Js. bis auf weiteres in Anrechnung zu
bringende Teuerungszuschlag bei 40 Pfg. Grundpreis 558 Pfg.
zusammen also 598 Pfg. Strompreis und bei 20 Pfg. Grund-
preis 279 Pfg., zusammen also 299 Pfg. Strompreis für
1 K.W.-Std.

Hagen i. W., den 10. März 1922.

Kommunales Elektrizitätswerk „Markt“
Aktien-Gesellschaft.

PIANOS

mit Klangsleg
D. R. G. M. 458463

Flügel, Harmoniums und
Kunstspiel-Instrumente
unübertroffen an Qualität
und Preiswürdigkeit

Roth & Junius
Hol-Piano- und Flügel-Fabrik
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

Amt Kierspe.

Eitern und Vormünder von Kindern, die zum 1. April 22
schulpflichtig werden, erlaube ich hiermit, diese unter Mitteilung
des Geburts-Datums bis spätestens zum 20. ds. Mts. bei dem
Lehrer oder Schulleiter (Rektor oder Hauptlehrer) des zuständigen
Schulbezirks anzumelden

Kierspe, den 8. März 1922.

Schüler-Anmeldung.

Der Amtmann.

2 tüchtige solide

Schleifer

auf sofort gesucht.

G. Mundorf & Co.,
Teilenfabrik,
Bergerhof b. Radevormwald.

Schleifer

für Maurerkellen etc., der auch
polieren kann, stellt sofort ein

Carl Baudtloh,
Carthausen i. W.

Ordentliches
Mädchen oder
Frau

für leichte Fabrikarbeit gesucht

Anast Berghaus,
Eisenwarenfabrik,
Oberbrügge i. Westf.

Rückwaren-

verzeichnis

zur zollfreien Einföhr nach
Deutschland,

Zeinhalt:

erklärungen

vorrätig.

Wilh. Bell jr.,

Halver.

Ich suche für meinen besseren
Privathaushalt, bestehend aus 2
Personen, per sofort, eventuell
später, ein

Mädchen

das alle Hausarbeit zu über-
nehmen hat.

Frau Alma Berg,
Hagen in Westf.
Im Rosengarten 1.

Zu Ostern schulentlassene
Mädchen und
Knaben

können leichte Arbeit finden bei

Metallwarenfabrik

S a u r a n d,

Halber in Westf.

Suche einen noch gut erhaltenen

5 PS

Elektro-Motor

Drehstrom 220/300 Volt
zu kaufen.

Hugo Sagedorn, Schwenke.

Ein gut erhaltener

Federwagen

und ein einspänniges

Wagen geschnitten

zu verkaufen

Ewald Harke, Halber-

Langenscheid

Tabak
empfehlen
Fr. Herm. Bohmer, Schalksmühle.